

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 60 (1966)
Heft: 3

Artikel: Weltrundschau : Vietnam und kein Ende? ; Fehlschlag der "Politik der Stärke" ; Zerfall der NATO ; England geht zur Wahl ; Ghana nach Nkrumah
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141119>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Nachrichten aus Riesi»

In den «Nachrichten», die alle zwei Monate erscheinen, können wir meist eine Andacht von Tullio Vinay lesen, Berichte über die Arbeit der Gruppe und vor allem Tagebuchblätter, durch die wir laufend Einblick in den Alltag von Riesi erhalten, in seine Arbeit und seine Nöte. Schneller als durch ein Buch wie das seiner Zeit hier besprochene «Riesi, Geschichte eines christlichen Abenteurers», hören wir von Notlagen, wie etwa im letzten Dezember, als die Mittel fehlten, um den Bauplatz weiter in Betrieb zu halten, und so können wir im rechten Augenblick unser kleines Teil beitragen, daß das wichtige Werk christlicher Nächstenliebe weitergeführt werden kann.

Die «Nachrichten» können in deutscher, französischer, italienischer oder englischer Sprache bestellt werden und kosten jährlich Fr. 8.—. Postscheckkonto, auch für Gaben: 10-7602 Centre protestant d'Etudes, Section Riesi, Lausanne. B. W.

WELTRUNDSCHAU

Vietnam und kein Ende? Es ist traurig, aber unvermeidlich: Wir können auch diesmal unseren Monatsüberblick über die Weltereignisse nur wieder mit dem *Vietnamkrieg* beginnen. Vietnam und was dahinter steht ist nun eben einmal der große, beherrschende und so bezeichnende Gegenstand des Kampfes unserer Zeit; an der Stellung zu ihm scheiden sich die Geister, die Machtinteressen und die sozialen Bewegungen. Und nachdem der Trug der amerikanischen «Friedensoffensive» verflogen ist, geht die *militärische* Offensive der USA um so ungehemmter weiter. Wieder sind 20 000 amerikanische Soldaten nach Vietnam verfrachtet worden, wo nun ihrer insgesamt 300 000 stehen; ihre Zahl, so sagte kürzlich Kriegsminister McNamara, könne jederzeit auf 350 000 erhöht werden, ohne daß die Reserven angegriffen würden. Trotz allen Voraussagen und Hoffnungen sind aber die Vereinigten Staaten vom Endsieg so weit entfernt wie vor der berüchtigten «Eskalation» – Steigerung – ihres Kriegseinsatzes. Im besondern hat die Verwüstung Nordvietnams durch die amerikanischen Luftangriffe ihr politisches Ziel – die Regierung von Hanoi zur Übergabe zu zwingen – nicht zu erreichen vermocht. Wie der USA-Spionagedienst festgestellt hat, brauchen die Nordvietnamer zur Wiederherstellung einer zerstörten Straße nur 48 Stunden, und nur 72, um eine unterbrochene Bahnlinie wieder instand zu setzen. Bereits seien 20 000 Chinesen für diese Arbeiten ins Land gekommen, und es ist anzunehmen, daß auch Baumaterial aus China – vielleicht sogar aus der Sowjetunion – kommt.

Der Wahn- und Widersinn geht also weiter – Widersinn darum, weil ein Krieg, der ein Volk vor den «Schrecken des chinesischen Kommunismus» retten soll, doch nicht dieses Land selbst ruinieren und sein Volk dezimieren darf. Aber die Losung ist eben auch hier: Die Menschen von Vietnam sollen «lieber tot als rot» sein, wenn nur die übrige

Welt vor dem Kommunismus geschützt wird. Die «Neue Zürcher Zeitung» hat erst letzthin (in Nr. 913), sich gegen ein schweizerisches Komitee zur Verbreitung besserer Aufklärung über Vietnam wendend, daran erinnert, daß England und Amerika auch in Griechenland und Südkorea militärisch eingegriffen hätten, um die Freiheit der Welt zu schützen. «Wären Griechenland und Südkorea nicht gehalten worden, hätte sich vielleicht auch Berlin nicht halten lassen, und dann wäre wohl bald auch in Westeuropa eine Atmosphäre entstanden, in der freien Geistern . . . keine Appelle gestattet worden wären.» Dabei weiß doch jedermann, der es wissen *will*, recht genau, daß in Griechenland wie in Südkorea nicht «die Freiheit» verteidigt worden ist, sondern beide Male ein bis auf den Grund verfaultes volksfeindliches Regiment, und daß in Südvietnam nur die Gewaltherrschaft einer korrupten Oberschicht gegen den Volksaufstand verteidigt wird, einer Gewaltherrschaft, die sofort zusammenbrechen müßte, wenn die Amerikaner ihre Hand zurückzögen.*

Die sozialen Reformen, die die Washingtoner Regierung jetzt in Südvietnam durchzuführen versprochen hat, kommen im besten Fall zu spät. Sie hätten vorgenommen werden müssen, als die Familie Diem und ihre Mitschuldigen am Ruder waren; der Volksaufstand wäre dann verhindert worden. Wie sie heute, gegen den Willen der durch und durch rückschrittlichen Regierung des Marschalls Ky, durchgesetzt werden sollen, ist das Geheimnis der Götter im Weißen Haus. Schon bisher, in all den Jahren, da die amerikanische Regierung Südvietnam unterstützte, sind Hunderte von Dollarmillionen in den unergründlichen Taschen der Saigoner Oberschicht verschwunden. Und mit den jetzigen Kriegslieferungen aus den USA ist es, wie die *für* den Vietnamkrieg einstehende Wochenschrift «U.S. News & World Report» (14. Februar) feststellt, genau so. Ein Fünftel der in Saigon ausgeladenen Güter aus den USA werde gestohlen und auf dem Schwarzen Markt verkauft. Ein großer Teil davon komme schließlich in die Hände des Vietcong. Ein amerikanischer General schätze, daß 50 Prozent aller in Danang, dem großen Ausladehafen, ankommenden Waren gestohlen würden. Der «Freiheitskrieg» der USA ist so auch für das reiche Amerika allmählich eine etwas kostspielige Sache geworden; «Newsweek»

* Was soll man erst davon sagen, daß alt Pfarrer P. Trautvetter im «Aufbau» Nr. 6/1966 schreibt: «Die Sache (der Vietnamkrieg) hat ja damit angehoben, daß ein Teil des südvietnamesischen Volkes sich gegenüber einem andern, von Nordvietnam her infiltrierte Teil wehren wollte, weil es dessen Ideologie ablehnte und sich damit nicht tyrannisieren lassen wollte. Diesem freiheitswilligen Teil sind die Amerikaner zu Hilfe gekommen . . .»? Solch dreiste Behauptung, die die Wahrheit völlig auf den Kopf stellt, kann man nur tiefer hängen – genau so wie diejenige des belgischen Außenministers Spaak, eines Sozialdemokraten, der sich nicht schämte, seine Zuhörer glauben zu machen (bei einem Festessen der Belgisch-Amerikanischen Gesellschaft allerdings), die Amerikaner hätten erst eingegriffen, «als die Nordvietnamer erklärten, ihr Ziel sei die Eroberung Südvietnams, und Truppen nach Südvietnam entsandten». («Neue Zürcher Zeitung» Nr. 1004.)

vom 21. Februar berichtet, daß jeder einzelne Vietcongsoldat, den die Amerikaner umbrächten, die USA auf 52 500 Dollar (rund 215 000 Franken) zu stehen komme. (Angeblich töten sie jeden Monat 4000 Gegner.)

Trotzdem hat das amerikanische Parlament auch die neuen Vietnamkredite im Handumdrehen und fast einstimmig bewilligt. Viele Abgeordnete und Senatoren haben dabei gegen ihre Überzeugung gehandelt. Sogar die im ganzen sehr regierungsfromme «New York Times» (21. Februar) ist durch die fortwährende Steigerung der amerikanischen Kriegsanstrengungen beunruhigt. Der Krieg, so schreibt das Blatt, bekomme dadurch einen von Grund auf anderen Charakter (?); er verlange «eine offensive Führung, was die Zerstörung der südvietnamesischen Landgebiete zum Zwecke der Vernichtung der Vietcongstreitkräfte bedeuten würde . . . Eine weitere massive Verstärkung der USA-Streitkräfte – die sicher von der Gegenseite ausgeglichen würde – würde die Möglichkeiten einer Verhandlungslösung verringern. Sie würde wahrscheinlich nur zu einem neuen militärischen Unentschieden auf einer höheren Einsatzebene führen.»

Noch viel grundsätzlicherer Art sind die Angriffe, die Senator *Robert Kennedy*, der Bruder des ermordeten Präsidenten, gegen Johnsons Kriegspolitik gerichtet hat. Er erklärt geradeheraus, daß die entscheidende Bedingung für Frieden in Vietnam die Heranziehung des Vietcong zu Waffenstillstandsverhandlungen wie auch zu einer künftigen Regierung von Südvietnam sei. Damit rückt er aber von der Hauptlüge der amerikanischen Kriegspropaganda ab, daß nämlich der Vietcong eine völlig nebensächliche Rolle spiele und ohne Mühe erledigt werden könne, sobald das kommunistische Nordvietnam und der hinter diesem stehende «chinesische Imperialismus» ausgeschaltet seien. Der Widerspruch gegen Kennedys gefährliche Behauptung ist denn auch entsprechend heftig. Die Scharfmacher um Kriegsminister McNamara, Außenminister Rusk und General Taylor antworten auf Kennedys «Zumutung» mit um so größerer Sturheit, und Präsident Johnson gibt Stück für Stück *ihren* Begehren nach, da nach den letzten Ergebnissen der Meinungserforschung achtzig Prozent der Amerikaner auf Seiten der Siegfriedenspartei stehen sollen. Kennedys Vorstoß ist damit vorderhand abgeschlagen; da er aber doch nicht nur gegen die Art und Weise der Kriegführung gerichtet ist, sondern einen eigentlichen Widerstand gegen den Krieg selbst politisch möglich gemacht hat, so ist er alles andere als endgültig abgetan. Robert Kennedy wird recht behalten; Regierung und Militärführung aber werden sich immer tiefer in eine Lage verwickeln, aus der sie — und mit ihnen ganz Amerika — nicht mit heiler Haut herauskommen werden, um nicht eine schwärzere Voraussage zu wagen.

Fehlschlag der «Politik der Stärke» Die Vereinigten Staaten stehen tatsächlich im Begriff, in Ostasien den gleichen verhängnisvollen Fehler zu machen, den sie mit ihrer «Politik der Stärke» in Europa gemacht haben. Ihr großes Ziel nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war ja, die Sowjetunion und damit den östlichen Kommunismus, den der «unselige» Roosevelt bis ins Herz Deutschlands habe vordringen lassen, auf seine Ausgangsstellungen zurückzuwerfen. Dem diente die Schaffung der Bundesrepublik Deutschland und die ganze Bündnis- und auch Wirtschaftspolitik, die Amerika in den Jahrzehnten seit 1945 in Europa betrieben hat — bis es merkte, daß damit nicht weiterzukommen sei, ja das Gegenteil der erstrebten Wirkung erreicht werde. Statt durch eine «Politik der Stärke», durch Einkreisung Rußlands mit Satelliten und Stützpunkten, durch Wiederaufrüstung Westdeutschlands und Aufrichtung eines neukapitalistischen Westeuropas Moskau auf die Knie zu bringen, forderten die Vereinigten Staaten tatsächlich ihren sowjetischen «Todfeind» zu immer planmäßigerer Machtentfaltung heraus. Sie zwangen ihn zum Wettlauf um die machtvollste atomare Rüstung und zur rücksichtslosen Befestigung der sowjetischen Vorherrschaft in Ost- und Mitteleuropa — bis es schließlich den politischen Planern in Washington klarzuwerden begann, daß die Sowjetunion «da war, um zu bleiben», und nur ein friedliches Nebeneinander der beiden Riesen ihre gegenseitige Vernichtung in einer atomaren Weltkatastrophe verhindern könne.

Man scheint aber auf amerikanischer Seite aus dieser bitteren Erfahrung noch immer nicht genügend gelernt zu haben. Was gegenüber der Sowjetunion nicht gelang, soll jetzt wenigstens gegenüber *China* gelingen. Und in Vietnam soll es sich entscheiden, ob es gelingen wird. Darum die «Dominotheorie», die alle Mitläufer der Vereinigten Staaten, bis zu den 394 zürcherischen Lehrern und Lehrerinnen, gedankenlos nachschwätzen: daß ganz Ost- und Südasiens für «die Freiheit» verloren sei, ja auch Westeuropa und die anderen Erdteile von kommunistischer Tyrannei bedroht würden, wenn die im kleinen Vietnam aufgebaute Machtstellung des nordamerikanischen Vorkämpfers von Demokratie und Menschenrecht zusammenbreche . . .

Die künstlich erzeugte Vorstellung von dem sprungbereiten *rus-sischen* Ungeheuer, das den «freien Westen» überfallen würde, wenn sich dieser nicht bis an die Zähne bewaffne, hat bei den Völkern immerhin doch sehr an Glaubwürdigkeit verloren. Sie war auch nie etwas anderes als eine Propagandalüge, ein Ausdruck des schlechten Gewissens der besitzenden Klassen Westeuropas und Amerikas und ihrer Angst vor einer gründlichen Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse, einer Angst, die nur zu leicht auch denjenigen einzuflößen war und ist, die von einer solchen Neuordnung nichts zu fürchten, aber alles zu erhoffen haben. So wird auch das Gespenst des alles verschlingenden *chinesischen* Kommunismus seine Schreckhaftigkeit mit der

Zeit verlieren. China hat wahrhaftig anderes zu tun, als Pläne für die Beherrschung der übrigen Länder Ost- und Südasiens zu schmieden. Und wenn seine Propagandisten oft kriegerische Töne anschlagen, so ist das nur der Widerhall der offenen Kriegsdrohungen aus dem Lager der von Amerika angeführten Feinde Chinas; die Außenpolitik der Chinesischen Volksrepublik selber ist viel vorsichtiger und viel mehr auf Frieden bedacht, als man das in der übrigen Welt wahrhaben will. Daß sich der Druck einer noch stetig wachsenden Bevölkerungsmasse von bald 700 Millionen Menschen auch außerhalb Chinas bemerkbar macht, ist nur natürlich, hat aber nichts mit politischem Eroberungswillen der Pekingener Republik zu tun und ist auf jeden Fall nicht mit militärischer Gewalt abzuwehren. So ist auch der wilde Chinesenhaß in *Indonesien* zwar einigermaßen aus der Festsetzung Tausender von chinesischen Handelsleuten und Arbeitern in diesem Raum zu verstehen, rechtfertigt aber nicht von ferne den Ausrottungsfeldzug, den – natürlich auch aus anderen Beweggründen – die nationalistischen und religiösen Fanatiker Indonesiens gegen alles «Kommunistische» unternommen haben. Die antikommunistische Tobsucht, die mindestens 150 000 Menschen das Leben gekostet hat, scheint sich inzwischen freilich einigermaßen erschöpft zu haben. Präsident Sukarno, der mit seiner Schwächlichkeit selber große Schuld an diesen entsetzlichen Ausschreitungen hat, beginnt sich offenbar zu ermannen (wenn es nicht schon zu spät ist); der «starke Mann» Indonesiens, General Nasution, ist überraschenderweise von ihm kaltgestellt worden, wenn er sich das auf die Dauer wirklich gefallen lassen sollte, und anscheinend ist auch sonst die antikommunistische Welle mehr oder weniger zum Stillstand gekommen. Bezeichnend ist auch, daß Oberst Untung, der Befehlshaber eines Teiles der Leibwache Sukarnos, der den Putsch vom 30. September 1965 ausgelöst haben soll und dafür zum Tod verurteilt worden ist, «gestanden» hat, er sei es, der die Hinrichtung von sechs rebellischen Generälen angeordnet habe, also nicht die Kommunisten, wie das zur Rechtfertigung der Kommunistenschlächterei immer behauptet wurde. Ob sich Präsident Sukarno wirklich halten und seinen «indonesischen Sozialismus» aufbauen kann, das ist allerdings noch völlig unklar; die Geschichte wird höchst wahrscheinlich – so oder so – über Sukarno hinweg ihren eigenen Gang gehen und dafür sorgen, daß Indonesien nicht dauernd dem großen Machtkampf gegen das «rote» China dienstbar gemacht wird.*

* Inzwischen ist Sukarno durch einen Gewaltstreich der Militärführer unter General Suharto tatsächlich entmachtet worden, wenn er auch noch als dekorative «Vaterfigur» formell im Amt belassen wird. Außerdem ist die Kommunistische Partei nun auch gesetzlich verboten worden. Wie aber die neuen Herren mit der wachsenden wirtschaftlich-sozialen Volksnot fertig werden wollen, bleibt ein Rätsel. Der ganze Feldzug gegen die Kommunisten scheint in ähnlicher Art zum Zweck der Ablenkung der Volksmassen von ihren wirklichen Nöten ins Werk gesetzt worden zu sein, wie seinerzeit die kriegerisch-nationalistische Welle gegen Holland, Malaysia und Großbritannien von Sukarno aus innenpolitischen Gründen entfesselt worden ist. Diese Schuld rächt sich jetzt an ihm selber.

17. März

Ob sich auch *Indien* der ihm von Chinas Feinden zgedachten Rolle wird verweigern können? Grund genug dazu hätte es ja wirklich. Dies nicht nur darum, weil die chinesischen Angriffsabsichten gegen Indien ins Reich der politischen Fabeln gehören. Viel zwingender ist für die Regierung von Delhi die Notwendigkeit, Indiens so furchtbar ungerichte und rückständige Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung in einem sozialistischen Geist zu erneuern und zu modernisieren und vor allem einmal die es immer gefährlicher bedrohende *Hungersnot* abzuwenden. In Indien ist man zwar – das Volk wie die regierende Klasse – an Hunger als Dauerzustand seit jeher gewöhnt. Der Großteil der 470 Millionen Inder lebt wirklich beständig am Rand eines körperlichen Zusammenbruchs. Zwei kärgliche Mahlzeiten im Tag von Reis, Getreide oder Gemüse sind die Regel, wenn alles gut geht; geht es schlecht, so muß eine einzige «Mahlzeit» genügen. Und jetzt geht es besonders schlecht. Die Dürre, die Indien hinter sich hat, ist die verheerendste seit 1899, und nicht einmal die geistige und körperliche Erschöpfung, die sie über die Menschen gebracht hat, vermag Hungerkrawalle zu verhindern, die die Regierung vergebens mit Militär niederschlagen sucht. Hier wirkt sich eben nicht nur die unglaublich zurückgebliebene Technik und Gesamtverfassung der indischen Landwirtschaft aus, sondern auch eine Gesellschafts«ordnung», die Hamstern, Preistreiberei, Auswucherung der landarmen Massen und ganz ungleichmäßige Verteilung der vorhandenen Lebensmittelvorräte erlaubt. Mag ausländische, besonders amerikanische Hilfe (die ohne politische Auflagen gewährt zu werden scheint) auch über das Allerschlimmste hinweghelfen, so bleiben die Hauptursachen des indischen Dauerhungers eben vorerst doch bestehen, und die angesichts der Größe der Not gänzlich unzureichende Wirtschaftsplanung, die auch die neue Regierung unter Frau Indira Gandhi auf ihrem Programm hat, wird daran nichts Entscheidendes ändern. Das Beispiel des neuen China, das mit dem Hungerproblem fertig geworden ist, mag darum jetzt erst recht seine Wirkung auf die indischen Massen ausüben. Es auf eine Indiens Eigenart angemessene Weise nachzuahmen, wäre jedenfalls unendlich besser als Schürung des Chinesenhasses und eine militärische Aufrüstung, die nur von der Lösung der *wirklichen* Lebensfragen Indiens ablenkt.

Zerfall der NATO Anders als China — so sagte ich vorhin — ist die Sowjetunion heute viel weniger als früher für die «freien Nationen» der Bösewicht im großen Welttheater. Dementsprechend hat die *NATO* – die Nordatlantische Vertragsorganisation – in den Augen des Westens viel von ihrem Sinn und Wert als Kampf- waffe zum Gebrauch gegen die «östliche Bedrohung» verloren. In der Hamburger «Neuen Politik» (26. Februar) macht Wolf Schenke zeitgemäß auf den oft nicht bemerkten Unterschied zwischen NATO und Atlantikpakt aufmerksam. «Der 1949 auf zwanzig Jahre abgeschlossene Atlantikpakt», so schreibt er, «dem später die Bundesrepublik bei-

trat, ist zunächst nichts weiter als ein Verteidigungsbündnis klassischen Stils. In ihm verpflichten sich die Mitgliedstaaten zu gegenseitiger Hilfeleistung im Falle eines Angriffs auf einen von ihnen im ‚nordatlantischen Raum‘, das heißt an den Ostküsten der USA und Kanadas, sowie im Bereich der europäischen Mitgliedstaaten. Die NATO dagegen ist etwas, das das Bündnis selbst gar nicht erfordert . . . Es wurde von amerikanischer Seite argumentiert – und rein militärisch-technisch hat diese Auffassung ohne Zweifel etwas für sich –, daß unter den heutigen Bedingungen eines militärischen Großangriffs es ein viel zu umständliches Verfahren sei, wollten dann erst die Regierungen und Generalstäbe in Verbindung miteinander treten und Abkommen über die Unterstellung der nationalen Truppenverbände unter ein gemeinsames Oberkommando verhandeln usw. Die für den Kriegsfall notwendige ‚integrierte‘ militärische Organisation sollte schon im Frieden geschaffen werden, um über Nacht und ohne Schwierigkeiten den sofortigen gemeinsamen und geplanten militärischen Einsatz im Ernstfalle zu garantieren. Die eigens dafür geschaffene Organisation ist die NATO.»

Darin spielt selbstverständlich Amerika die entscheidende Rolle – so sehr, daß die NATO zu einem Hauptwerkzeug der amerikanischen Machtpolitik geworden ist. Der *Bundesrepublik Deutschland* fiel dabei eine besonders wichtige Aufgabe zu: Rammbock zur Erschütterung des Sowjetblocks zu werden. Sie hat diese Aufgabe auch mit leidenschaftlichem Eifer zu erfüllen unternommen – nur eben ohne Erfolg, ja mit immer deutlicherem Mißerfolg. In dem Maß, als Westdeutschland wirtschaftlich und politisch wiedererstarkte, wurde es eben für die Vereinigten Staaten eher unbequem, ja geradezu gefährlich, einen Bundesgenossen in Europa zu haben, der auf die Umstürzung der aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangenen Machtverhältnisse ausgerichtet ist. Für die von den USA schon unter Eisenhower und noch mehr unter Kennedy begonnene Politik der *Entspannung* im Verhältnis zur Sowjetunion mußte die von Bonn blindlings weiterverfolgte «Politik der Stärke» immer lästiger werden, besonders als Amerika tiefer und tiefer in die ostasiatischen Angelegenheiten verstrickt wurde.

Auch England und Frankreich sind längst nicht mehr widerspruchlos von der Partie. *England* hat bisher alle Versuche Westdeutschlands, Mitbesitz an den Atomwaffen zu gewinnen, vereitelt. Daß es in ein normales Verhältnis zur Sowjetunion zu kommen bemüht ist, hat nicht erst der (freilich wenig ertragreiche) jüngste Besuch Wilsons in Moskau gezeigt. Gleichzeitig begibt es sich in immer größere Abhängigkeit von Amerika, besonders östlich von Suez, und sucht seine militärischen Verpflichtungen gegenüber der Bundesrepublik auf ein Mindestmaß zu beschränken, wird sich also schon darum nicht auf westdeutsche Machtabenteuer einlassen. *Frankreich* aber höhlt unter de Gaulle planmäßig die NATO aus und erstrebt eine derartige Annäherung Westeuropas an den Osten, daß davor alle westdeutschen

Wiederausdehnungsträume in ein Nichts zerrinnen müssen, hat es doch die Oder-Neiße-Grenze schon vor Jahren unzweideutig als feststehend anerkannt. Daran ändert auch das ohne Folgen gebliebene Techtelmechtel de Gaulle-Adenauer nicht das geringste mehr. Zum Überfluß trifft gerade in dem Augenblick, da ich diesen Abschnitt zu Papier bringe, die Kunde von de Gaulles Schreiben an Johnson ein, in dem der französische Staatspräsident nichts Geringeres als den völligen Rückzug seines Landes aus allen Einrichtungen der NATO in Aussicht stellt. Das zeigt nicht nur den fortschreitenden Zerfall der NATO an, sondern könnte bereits ihr nahes Ende bedeuten und verstärkt auf jeden Fall den Zwang, ein neues Europa mit Einbezug des bisher als «asiatisch» zurückgestoßenen sozialistisch-kommunistischen Ostraums zu schaffen.

So bleibt tatsächlich die Bonner Republik das Haupthindernis für eine in feste Formen zu gießende Entspannung zwischen Ost und West. Sebastian Haffner vergleicht im «Stern» (16. Januar) Westdeutschland treffend mit einer verkletterten Katze, die nicht mehr vorwärts und kaum noch zurück könne; es sei «isoliert zwischen einem mißtrauisch gewordenen Frankreich und einem grimmig gereizten Rußland und ohne eine wirkliche Rückendeckung bei Amerika und England». Dabei hat ihm die Sowjetunion mit ihrem kürzlich an der Genfer Konferenz gemachten Vorschlag, allen Staaten ohne Atomwaffen ihre Sicherheit vor einem Angriff kernwaffenbesitzender Mächte zu gewährleisten, die beste Gelegenheit geboten, einem Abkommen über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen beizutreten. Aber diese Sicherheit will man eben in Bonn überhaupt nicht, weil man umgekehrt freie Hand für seine Politik der Ausdehnung nach Osten haben will. Wie lang die Vereinigten Staaten das noch ruhig mit ansehen werden, bleibt abzuwarten; auch ihre bedientenhafte Unterstützung der amerikanischen Politik in Ostasien wird der Bundesrepublik nicht die in «Nibelungentreue» gebotene Mitwirkung der Vereinigten Staaten beim nächsten Versuch, ihren Drang nach Osten auszuleben, sichern können. Die Lage bleibt darum tatsächlich so, wie Rudolf Augstein, der Herausgeber des «Spiegels», sie unlängst gekennzeichnet hat:

«Die Bundesregierung in Bonn weiß, daß alles Land, aus dem die Deutschen vertrieben worden sind, verloren ist. Aber sie will, zusammen mit der Opposition, friedlich um jeden Quadratmeter deutschen Bodens ringen. Das heißt: Nur die DDR schützt die östlichen Staaten vor deutscher Rückexpansion. Sie hat als cordon sanitaire ihre internationale Funktion. Wäre es der Regierung ernst mit der verkündeten Absicht, die östlichen Staaten vom Nutzen der Wiedervereinigung zu überzeugen, so wäre es geboten, ihnen ihre westlichen Grenzen zu bestätigen. Das geschieht nicht. Die Parteien wetteifern darin, auf den Friedensvertrag zu verweisen, von dem die Mehrheit der CDU/CSU sagt, er dürfe jetzt noch nicht kommen. So wird die DDR als das be-

stätigt, was sie vorerst auch ist: als unentbehrlich für den Frieden in Europa . . . »

England geht zur Wahl Mittlerweile bereitet sich in *England* eine Lageveränderung vor, die auch die britische Außenpolitik nicht unberührt lassen wird. Ministerpräsident Wilson hat sich nun doch entschlossen, vorzeitig *das Parlament aufzulösen*, um womöglich eine Labourmehrheit zu erlangen, mit der er auch wirklich regieren kann. Und die Erwartung ist nicht unbegründet, daß die Wählerschaft bereit ist, einem Zustand ein Ende zu machen, in dem die Regierung — mit einer Mehrheit von drei Stimmen im Unterhaus — weder leben noch sterben konnte. Die Labourregierung hat gewiß während ihrer kurzen Amtszeit schwere Fehler gemacht, die sie auch mit ihrer knappen Parlamentsmehrheit nicht hätte machen dürfen. Wilson hat vor allem mit seiner verblendeten Unterstützung des Vietnamkrieges der Vereinigten Staaten ein Maß von Grundsatzlosigkeit bewiesen, das man ihm als «Sozialisten» nie zugetraut hätte. Und auch seine Wirtschafts- und Finanzpolitik war alles andere als zielklar anti-kapitalistisch ausgerichtet. Der «New Statesman» hat darum sicher recht, wenn er (am 4. März) bemerkt, Labours Grundfehler sei gewesen, daß es eigentlich nur die Politik der Konservativen fortgesetzt habe, die es natürlich *noch* schlechter machen würden, wenn sie wieder ans Ruder kämen. Daneben hat aber die Labourregierung doch auch wirkliche Neuerungen durchgesetzt, zu denen die Konservativen nicht fähig gewesen wären, namentlich in der Fürsorge für die Alten und Kranken, in der Bekämpfung des Mietwuchers und in der Anbahnung einer gerechteren Steuerpolitik. Eine fest im Sattel sitzende neue Labourregierung wird darum sicher auch ein gutes Stück der Wahlversprechungen erfüllen, die Wilson und seine Leute jetzt freigebig austeilen: Ausbau des Wohlfahrtsstaates, Sicherung eines Existenzminimums, ausgewogene Preis- und Lohnpolitik, umfassender Wohnungsbau, Schulreform, Natur- und Landschaftsschutz usw. Von wirklich sozialistischen Maßnahmen ist — außer einer vorsichtigen Wiederverstaatlichung der Stahlindustrie — allerdings kaum die Rede.

Wie es mit der *Außenpolitik* weitergehen wird, das ist schon eine andere Frage. Die Außenpolitik war ja immer — mindestens in Westeuropa — die weitaus schwächste Seite der Parteien und Regierungen, die sich irgendwie auf den Sozialismus berufen. Sie haben fast überall im wesentlichen die bürgerlich-«nationalen» Vorstellungen und besonders jenen Militärpatriotismus übernommen, der die sicherste Stütze der kapitalistischen Ordnungen und Einrichtungen ist. Und für die maßgebenden Führer der britischen Labourpartei gilt ganz das gleiche. Auch Wilsons *Rhodesienpolitik* ist, wie ich hier wiederholt feststellte, entscheidend durch Rücksichten auf kapitalistisch-imperialistische Wirtschaftsinteressen beeinflußt und gehemmt. Das setzt auch die Neuyorker «Monthly Review» (Januarheft) sehr überzeugend ausein-

ander. Der Kampf um Rhodesien, so lesen wir da, spielt sich zwischen zwei verschiedenen kapitalistischen Interessengruppen ab. Auf der einen Seite steht die herrschende Klasse im Mutterland, die jetzt ironischerweise durch eine Labourregierung vertreten wird und deren Anliegen die «normale» Ausbeutung eines immer noch weltumfassenden Wirtschaftsraumes ist. Sie profitiert auch von ihrer Betätigung in Rhodesien – auf dem Gebiete des Handels, der Finanz und der Kapitalanlage – in ausgiebigem Maße, muß aber ihre rhodesischen Kolonialinteressen sorgsam mit ihren übrigen, weitausgedehnten Wirtschaftsunternehmungen in Einklang bringen. Die weiße Herrenschaft in Rhodesien andererseits braucht solche Rücksichten nicht zu nehmen. Im Gegenteil: sie muß zusehen, wie ein großer Teil der Kapitalgewinne, die in Rhodesien erzielt werden, in irgendeiner Form nach England wandern, und sucht dafür einen Ersatz in einer besonders rücksichtslosen Ausquetschung der einheimischen – schwarzen – Arbeitskräfte. Ihre Lebenshaltung ist auch für europäisch-amerikanische Begriffe ungewöhnlich hoch. Salisbury zum Beispiel, die Hauptstadt Rhodesiens, hat mit seinen 88 000 weißen Einwohnern mehr Schwimmbäder als irgendeine englische oder amerikanische Mittelstadt von ähnlicher Größe. Das Durchschnittseinkommen der Weißen ist zehnmal so hoch wie das der Schwarzen, von denen ihrer 300 000 in den ärmlichen Massensiedlungen am Rand von Salisbury zusammengepfercht sind. Ihre Vorzugsstellung um jeden Preis zu erhalten, nötigenfalls auch unter Nachahmung der südafrikanischen Apartheidspolitik, ist darum der feste Entschluß der rhodesischen Oberklasse. London aber schreckt davor zurück, der europäischen Minderheit in Rhodesien freie Hand für die Durchsetzung ihrer Sonderinteressen zu geben. «Hier», so schreibt «Monthly Review», «haben wir den wirklichen Grund, weshalb es die Engländer ablehnen müssen, ihnen (den weißen Rhodesiern) eine bedingungslose Unabhängigkeit zu gewähren, und weshalb die Rhodesier sich trotzdem gezwungen fühlten, sie sich zu holen. Der Kampf geht um das gesetzliche Recht der rhodesischen Regierung, hemmungslosen Gebrauch von allem und jedem Mittel zu machen, um das System der Überausbeutung aufrechtzuerhalten, dessen Nutznießer die Weißen und dessen Opfer die Schwarzen sind.»

Wie dieser Kampf ausgehen wird, das dürfte sich bald entscheiden. Auf keinen Fall wird die britische Labourregierung den Bedürfnissen der Kolonialistengruppen des *Mutterlandes* entgegenhandeln und den Widerstand der Regierung Smith mit Mitteln zu brechen versuchen, die die weiße Minderheit in Rhodesien zum offenen Rassenkrieg zwingen könnten.

Ghana nach Nkrumah In London wird man gegenüber Rhodesien schon darum behutsam vorgehen, weil man vermeiden will, daß in *Ghana*, der ehemaligen britischen Goldküste, nach dem Sturz *Nkrumahs* eine neue antikolonialistische

Bewegung aufkommt. Die Absicht der Verteidiger des Bestehenden nicht nur in England, sondern in der ganzen westlichen Welt ist ja nur zu deutlich, die Absetzung Nkrumahs – der auf einer Ostasienreise begriffen war – als bloße Antwort auf die Willkürherrschaft des «schwarzen Pharaos» hinzustellen, die ohne Zusammenhang mit Kolonialismus und Kapitalismus irgendwelcher Art sei. *Daß Kwame Nkrumah sich zu einem willkürlich schaltenden und waltenden Diktator entwickelt hat, der jeden Widerstand gegen seine Linie mit Gewalt erstickte und mit sich selbst einen abstoßenden Personenkult treiben ließ, daran kann freilich kein Zweifel sein.** Aber das ist nicht alles, was zu seinem Fall zu sagen ist. Es ist nicht einmal die Hauptsache. Entscheidend für den Widerstand, auf den er mehr und mehr stieß, ist die Tatsache, daß Nkrumah eine radikal neue, eine ausgesprochen *sozialistische* Gesellschaftsordnung in dem Land begründen wollte, das er aus kolonialer Abhängigkeit zu politischer Unabhängigkeit geführt hat und daß er der politisch-völkerrechtlichen auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit Ghanas beizufügen bestrebt war. *Das* verziehen ihm die mächtigen Nutznießer des Kolonialkapitalismus nie, und es ist kaum ein Zufall, daß die Pläne zum Sturz Nkrumahs gerade in London ausgearbeitet wurden, wenn auch nicht unter der Leitung jenes Amihyia, der sich als eigentliches Haupt der Verschwörung ausgab, aber immerhin behaupten konnte, er sei von der C.I.A., der amerikanischen Spionage- und Umsturzzentrale, ausgebildet worden . . .

Wie es im *britischen* Ghana aussah, ist nur zu bekannt. Auch von der Goldküste ging ein Strom von Reichtümern, dank der kapitalistischen Ausbeutung der Naturschätze des Landes – Gold, Manganerz, Bauxit, Gummi, Tabak, Kakao usw. – ins «Mutterland». «Ungefähr die Hälfte der Bergwerksgewinne», so sagt Basil Davidson in seiner Schrift «*Tomorrow's Africa?*» («Afrika von morgen?», 1962), «wurde Jahr für Jahr aus der Goldküste herausgesaugt, während das Land öffentlich – oft von den gleichen Leuten, die die große Jahresbeute in die Tasche steckten – als ‚zu arm‘ erklärt wurde, als daß es sich hätte die grundlegenden Notwendigkeiten und Annehmlichkeiten des modernen Lebens, wie genügende Schulen, Krankenhäuser oder geteerte Straßen, leisten können.» Mit der Gewinnung von Ghanas Unabhängigkeit (1957) verschwand diese Kolonialwirtschaft jedoch keineswegs. Sie nahm als «Neokolonialismus» nur andere, verschleierte Formen an. Insbesondere die westeuropäisch-amerikanische Anlage von Kapital in den «unabhängigen» Neustaaten Afrikas erreichte gewaltige Ausmaße. Auch in Ghana. Nkrumah kennzeichnete diesen Vorgang einmal als die Methode, «den afrikanischen Menschen mit der einen Hand die Unabhängigkeit zu geben, mit der andern aber sie wieder zu nehmen».

* Wenn es wahr ist, daß Nkrumah vorsorglich ein großes Vermögen in der Schweiz angelegt hat, so würde das ein besonders übles Licht auf ihn werfen. Eine Bestätigung oder Widerlegung des Gerüchts ist natürlich nicht zu erlangen.

Die Absicht sei einfach, «das befreite Land zu einem Kundenstaat zu machen und es mit anderen als politischen Mitteln zu beherrschen». Eines dieser Mittel war, keine wesentliche eigene Industrie in den ehemaligen Kolonien aufkommen zu lassen, sie also von den Industrieländern abhängig zu belassen, und andererseits die Preise für die von ihnen erzeugten Rohstoffe und Nahrungsmittel möglichst zu senken. Der Weltmarktpreis für Kakao zum Beispiel ist seit der Erklärung von Ghanas Unabhängigkeit von 352 Pfund auf weniger als 100 Pfund die Tonne gefallen. Noch vor kurzem klagte Nkrumah die britischen und anderen europäischen Fabrikanten an, sie hätten das Versprechen, einen Mindestpreis von 200 bis 250 Pfund für die Tonne Kakao zu sichern, nicht gehalten, sowie auch die Beschlüsse der Genfer Handelskonferenz von 1964 über die Herabsetzung der Zölle für Einfuhren aus Rohstoffländern mißachtet worden seien. (Vgl. «Africa Digest», London, Dezember 1965.)

Nimmt es da irgendwie wunder, daß Nkrumah unermüdlich bestrebt war, sein Land aus der Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt freizumachen und engere Beziehungen mit den sozialistischen Ländern anzubahnen? Schon 1962 ging ein Neuntel der ghanesischen Kakaoernte an östliche Länder, die 55 Prozent des Preises in harter Währung und 45 Prozent in Waren und Dienstleistungen bezahlten und außerdem Ghana erhebliche Kredite für neue Industrien gewährten. Gleichzeitig begann die Regierung Nkrumah eine eigene sozialistische Wirtschaft aufzubauen, mit staatlichen Kapitalanlagen in Industrien und öffentlichen Diensten aller Art und rascher Entwicklung der Landwirtschaft auf genossenschaftlicher Grundlage.

Daß dabei Mißgriffe, Fehlanlagen, Verschwendung, ja auch Fälle eigentlicher Korruption vorkamen, ist ebenso glaubhaft, wie daß jede freie Kritik an dem neuen Regime hart unterdrückt wurde. Immerhin wäre es falsch, Nkrumah als blutgierigen, moralisch minderwertigen Tyrannen zu bezeichnen; seinen Ursprung im christlichen (katholischen) Sozialismus hat er nie verleugnet. Aber daß all die Schwierigkeiten und Ubelstände, die mit seiner Politik verbunden waren, wachsende Widerstände gegen den früher so volkstümlichen Führer zum unabhängigen Ghana erzeugten, ist nur allzu verständlich. Und sein Verhängnis war es, daß er offenbar gar nicht merkte, wieweit die Dinge schon gediehen waren.

Nun, in seiner neuen Stellung als Mitregent von Guinea, das, wie Mali und anscheinend auch Tansania und Kongo-Brazzaville, zu ihm steht, wird er vielleicht Zeit finden, einen anderen Weg zu dem von ihm ersehnten Ziel zu suchen. Inzwischen hat die Sache des afrikanischen Sozialismus und der Einigung Afrikas zum Kampf gegen alle Art von Fremdherrschaft einen bedenklichen Rückschlag erfahren. Es muß sich zwar erst zeigen, wie weit die Militärdiktatur kommt, die an die Stelle des Regimes Nkrumah getreten ist und mit Anlehnung an die

10

Westmächte die sozialistische Wirtschaftsplanung aufzugeben entschlossen scheint. Auf jeden Fall aber müssen wir alle, denen der Aufstieg der jahrhundertlang ausgeplünderten und niedergedrückten Völker Afrikas zu menschenwürdigem Leben am Herzen liegt, uns Mühe geben (um nochmals Davidson anzuführen), «zu verstehen, was Ghana und andere afrikanischen Länder zu tun versuchen, und diesem Streben nach Sozialismus in Afrika unsere tatkräftige und aufgeklärte Unterstützung zu leihen».

9. März.

Hugo Kramer

RELIGIÖS-SOZIALE VEREINIGUNG DER SCHWEIZ
VEREINIGUNG DER FREUNDE DER «NEUEN WEGE»

Voranzeige

Am 24. April findet unsere Jahresversammlung statt, wie üblich im Haus des VHTL, Birmensdorferstraße 67, Zürich (gegenüber dem Bahnhof Wiedikon).

Im Mittelpunkt wird ein Vortrag von *Pfarrer Ernst Lütli in Wyssachen* (Bern) stehen

**Ein sozialistisches Programm
1915—1965**

Rückblick und Ausblick

Vielen unserer Freunde wird dieser Rückblick auf 50 Jahre religiös-sozialer Bewegung in der Schweiz sehr willkommen sein. Wir bitten sie alle, sich den ~~24. April~~ (Sonntag) freizuhalten. Nachmittags: Fortsetzung der Aussprache etwa 1 Stunde. 24. April